Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift **Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 1 (1921-1922)

Heft: 4

Artikel: Der Eidgenössische Wirtschaftsrat und der Schweizerische

Volkswirtschaftsbund

Autor: Nobs, Ernst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-328163

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Eidgenössische Wirtschaftsrat und der Schweizerische Volkswirtschaftsbund.*

Von Ernst Nobs.

Die Verfechter eines eidgenöffischen Wirtschaftsrates refrutieren sich fast ausnahmslos aus der zwischen den proletarisch= tlassenkämpferischen Organisationen einerseits und der kapitali= stischen Wirtschaftsorganisation anderseits eingeklemmten Volksschicht. Es ist das Angestellten- und Fixbesoldetenproletariat. Leute, von denen ein Großteil mit einem Proletariermagen und Proletarier=Portemonnaie in der Welt herumspazieren, aber in deren Sirn kleinbürgerliche und standespolitische Ideale, Standesdünkel und illusionäre Soffnungen auf mühelose Besserung ihrer unbefriedigenden Situation greuliche Verwirrung anstiften. Wir finden dort vorab den Schweizerischen Raufmän= nischen Verein und die Vereinigung Schweizerischer Angestellten= verbände, in welcher die Privatangestelltenvereine zusammen= geschlossen sind. Neben kaufmännischem und Bankangestellten= proletariat stehen dort auch Techniker, Staatsbeamte und manch andere unselbständig Erwerbende, zum Teil in etwas gehobenen, aber dennoch unbefriedigenden und unsicheren Lebens= verbältnissen.

In der Propaganda für das neue Postulat treten stark hervor wirklichkeitsfremde Träumer und Phantasten, allerlei Apostel der Rlassenbarmonie und friedlicher, kapitalistischer Rlassensversöhnung, dann aber auch einzelne freisinnige Wahlzutreiber und fade Demagogen, wie der Sekretär der freisinnigen Partei des Rantons St. Gallen, der Vegründer nicht gedeihen wollender gelber Arbeitervereine. Dazu gehört auch Horand, einer der Führer der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände, ein einstiger Sulzerischer Almosenempfänger und Gründer jener längst wieder beerdigten Arbeitervereine, die mit Unternehmergeld nur ein künstlich genährtes, kurzes Dasein gefristet haben. Das freisinnige Element tritt überhaupt unter den Vefürwortern eines Eidgenössischen Wirtschaftsrates am stärksten hervor. Es haben sich dasür ausgesprochen der Wirtschaftsausschuß IV der

^{*}Literatur: Steinmann, Dr., E.: Der Eidg. Wirtschaftsrat, Bericht über die von der Geschäftsleitung der freis.-dem. Partei der Schweiz bei den Schweizer. Wirtschaftsverbänden durchgeführte Umfrage, 38 Seiten. Verlag Reller & Co., Luzern.1921, Fr. 1.50. — Volkswirtsschaftsbund, Der, Ein neuer Weg zur Vehandlung wirtschaftlicher Fragen. 84 Seiten. Fehr'sche Vuchhandlung, St. Gallen, Fr. 1.—.— Jahrbuch, Politisches der freis.-dem. Partei der Schweiz. Pag. 48—54. Fr. 6.—. Huber & Co., Frauenfeld 1921. — Horand, Wirtschaftstäte, Eine Eingabe an den Regierungsrat des Kantons Zürich. Preis 40 Rappen.

Schweizerischen Freisinnig-demokratischen Partei, ferner der Verband der Schweizerischen Jungfreisinnigen, wie auch einzelne seiner Sektionen. Das zwang auch einige kantonale Freisinns= parteien und schließlich die Leitung der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz zur Stellungnahme. Sie lehnte aber ab. Die Partei der Zürcher Demokraten und demokratische Angestell= tensekretäre segelten dem neuen gesellschaftserrettenden Phantom ebenfalls nach und zuletzt auch noch der unvermeidliche Grütlianer alt Nationalrat Knellwolf von Erlach mit Referaten bei den Festbesoldeten und Zeitungsartikeln in der Genossenschaftspresse, erschienen unter dem Titel "Der Weg zum Wirtschaftsfrieden". Auch die Verwaltungskommission des V. S. R. (Verband Schweizerischer Konfumvereine) soll sich zugunsten des Wirtschaftsparlamentes ausgesprochen haben und einige wenige Unternehmerorganisationen wie die Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie, der Verband schweizerischer Herren= und Knabenkonfektionsindustrieller, der Verband schweizerischer Metallgießereien, das Raufmännische Direktorium St. Gallen und die Luzerner Sandelskammer. Abgelehnt wurde sie von der Geschäftsleitung der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz und ihren kantonalen Sektionen, mit Ausnahme der st. gallischen Rantonalpartei, und sodann von allen maßgebenden wirtschaftlichen Organisationen des Landes, vom Schweizerischen Kandels= und Industrieverein, vom Zentralvorstand Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen, vom Bauernverband, von der Bankiervereinigung. vom Schweizerischen Gewerbeverband, vom Schweis zerischen Ingenieur= und Architektenverein und zahlreichen anderen Dragnisationen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund lehnte es ab, die Umfrage über den Wirtschaftsbund zu beantworten.

Zum stärksten Vorspann für den Eidgenössischen Wirtschaftsrat wurde der Ostschweizerische Volkswirtschaftsbund, dessen Entstehung auf die Tage des Landes= streiks zurückzuführen ist und der ursprünglich geplant war als Zusammenfassung aller Unternehmerorganisationen "zum Schutz der gemeinsamen Interessen gegen revolutionäre Anstürme". Man fand dann jedoch, diesen Zweck besser zu erreichen durch einen Wirtschaftsbund, dem auch die wirtschaftlichen Organisationen der Alrbeitnehmer sich anschließen sollten und der heute 27 Alrbeitgeberverbände und 21 Arbeitnehmerorganisationen umfaßt. Die Einheitlichkeit des st. gallischen Wirtschaftsgebietes und namentlich das Vorwiegen der Stickerei als der Krisenindustrie par excellence, die seit 7 Jahren an einer sehr tief gehenden Rrise frankt, förderte den Gedanken von der Gemeinsamkeit der Intereffen und wurde zum stärksten Unsporn für den Volkswirtschaftsbund. Im Frühjahr 1919 trat die neue Schöpfung nach sehr

erheblichen Geburtswehen ins Leben auf Grund eines von einem Gewerbesekretär und einem Großindustriellen gemeinsam verfaßten Wirtschaftsprogrammes und eines in fünfter Fassung (!) vorliegenden Statuts. Seine Sauptaufgabe wird dahin präzisiert, "unter den angeschlossenen Verbänden eine stete Fühlung aufrecht zu erhalten, damit Spannungen jeglicher Art vermieden werden können und es jederzeit möglich sei, durch Einleitung von Verhandlungen die Ronfliktsmomente auf ein Minimum zu reduzieren". Außerdem nahm er sich vor, zu allen allgemeinen Wirtschaftsfragen selbständig Stellung zu nehmen, was jedoch bisher nicht geschah. Er stellte sich ferner die Aufgabe, sich zu einem Schweizerischen Volkswirtschaftsbund zu erweitern und ein Schweizerisches Volkswirtschaftliches Parlament (Erdgenössischer Wirtschaftsrat) zu schaffen auf Grund einer "Teilung der Fragen des öffentlichen Lebens in politische und wirtschaftliche".

Die Ideologie, die hinter dem Projekt des Ostschweizerischen Volkswirtschaftsbundes zur Schaffung eines Schweizerischen Volkswirtschaftlichen Varlamentes steckt, ist haarklein jene der Propagandisten des Eidgenössischen Wirtschaftsrates. Es ist ein und dieselbe Sache. Es stehen hinter den beiden Rulissen auch die gleichen Personen. Sobald man nach der staatsrechtsichen Gestaltung, nach der Form der neuen wirtschaftspolitischen Rörperschaft fragt, gehen die Meinungen nach sechzehn Richtungen außeinander. Alber die Zweckbestimmung ist eine einheitsliche und ermöglicht heute schon eine scharfe Rennzeichnung und

Beurteilung.

Aus den bisherigen Darlegungen ergeben sich zwei Dinge zur Evidenz. Zum ersten: daß es die in wirtschaftlich unbefriedigender Lage sich befindenden und daher von den bürgerlichen Parteien abbröckelnden Angestelltenschichten sind, die den Eidgenössischen Wirtschaftsrat verlangen. Zum zweiten: daß der Wirtschaftsrat als Rettungsanker und Mittel der Rlassenversöhnung den Angestellten hingeworfen wird von Führern jener Partei, die durch den beginnenden Abfall dieser Schichten am meisten bedroht wird. Schon ist dieser Partei das zahlreiche eidgenössische Personal bis auf die Postbeamten und bis auf ganz wenige Städte auch das Personal der kommunalen Regiebetriebe und ein Teil der städtischen und kantonalen Beamten verloren gegangen. Was sie noch besist, das möchte sie konservieren. Rein Wunder, daß parteipolitische Motive im Vordergrund der angestrebten Neuerung stehen.

Das spricht der freisinnige Parteisekretär Zäch, der unermüdliche, aber erfolglose Propagator einer mit Unternehmerhilfe hochzubringenden freisinnigen Arbeiter- und Angestelltenorganisation, die als Gegengewicht gegen die Organisationen des proletarischen Rlassenkampfes gedacht ist, am deutlichsten aus mit den Worten: "Wenn auf diese Weise im Wirtschaftsparlament Leute der Praxis zusammenkommen, so werden die wirtschaftlichen Divergenzen, welche heute unser ideal-politisches Leben so bedrohen, viel leichter und praktisch gelöst werden können, als es bisher der Fall war. Für unfere Partei ist es meines Erachtens direkt eine Lebens= frage, diese Ausscheidung so rasch wie möglich vorzunehmen. Nicht bloß werden die sozialen Gegensätze leichter und praktischer überwunden als im politischen Parlament, sondern es wird dann auch das freisinnige Ideal als Staatsideal wieder an Bedeutung und Zugkraft gewinnen." Nicht minder deutlich spricht sich der zürcherische Demokrat Schmid-Rüedin, einer der in der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände tätigen Sekretäre, aus: "Die Mehrzahl der Angestellten steht auf bürgerlichem Boden. Die Verbände fämpfen aber mit großen Schwierigkeiten, woraus sich eine gewisse Erbitterung ergibt, die die Verbände nach links treibt. Ich bin überzeugt, daß, wenn die freisinnig = demokratische Par = tei einen Volkswirtschaftsbund schaffen kann, wo die verschiedenen, oft divergierenden Interessen diskutiert werden können, bürgerlichem die Angestelltenschaft auf Boden erhalten werden kann."

Weil die Wirkungen der kapitalistischen Gesellschaft sich politisch zu rächen beginnen an den politischen Trägern dieses Wirtschaftsspstems, den bürgerlichen Parteien, durch eine Abwanderung der Volksmassen ins antikapitalistische Lager, darum erheben Kührer der freisinnig-dem. Partei und namentlich solche Führer, die noch in diesen abwandernden Schichten tätig sind, den Ruf nach Trennung von Politik und Wirtschaft, nach Ent= politisierung der Wirtschaft oder Entwirtschaftlichung der Politik. Darum der Schrei nach "Entlastung des politischen Apparates" von den Passivposten der kapitalistischen Wirtsch aft. So entpuppt sich die Forderung nach dem Eidgenössischen Wirtschaftsorgan mit gesetzgeberischer Rompetenz als nichts anderes denneine politische Notstandsaktion der frei= sinnig = demokratischen Partei. Man möchte den Bana der geschichtlichen Entwicklung übertölveln, die eiserne Logik der Tatsachen aufheben, das Gesetz von Ursache und Wirkung für den Bereich einer bestimmten in raschem Zerfall befindlichen Vartei außer Kraft setzen.

Das ist eine widersinnige Utopie und dazu noch eine reaktionäre. Sie wird dadurch nicht besser, daß man diese unmögliche Auseinanderreißung der Wirtschaft und der Politik in ein Reich der Interessen und ein anderes Reich der Ideen phantasievoll ausspinnt zu dem wesenlosen Luftbild einer innerhalb der auf Rlassengegenfätzen beruhenden kapitalistischen Rlasse n gesellschaft möglich sein sollenden Klassenaussöhnung und Klassenharmonie. Wir wollen diese hirnkranke Erfindung der ideenlosen Interessen=Auszirkelung und der interessenlosen Ideenspielerei als Grundlage der Arbeitsteilung zwischen Na= tionalrat und Ständerat einerseits und einem künftigen Eidgenössischen Wirtschaftsrat anderseits nicht weiter diskutieren. Solche Begriffszauberei geht dem gemeinen Menschenverstand zu boch und kommt einem fast unheimlich und gespenstisch vor. Dieser gesunde Menschenverstand war bis anhin der etwas prosaischen Meinung, daß die Rlassengegensätze und die Rlassen= kämpfe beruhen im Bestehen der Rlassen und ihren Unterschieden, und daß man die Rlassen aufheben, die Rlassengesellschaft besei= tigen muß, um in einer klassenlosen, keine Ausbeutung und Lebervorteilung einer besitzlosen durch eine besitzende Klasse mehr zulassenden Gesellschaft eine neue Menschheit, eine Menschheit des vollzogenen Klassenausgleiches und der wirtschaftlichen Harmonie zu schaffen.

Das Proletariat ist nicht ein Gegner des Klassenausgleiches und der Versöhnung der Menschheit, die es ja selber mit aller Kraft anstrebt, es lehnt nicht aus Verhetzung und wilder Blutgier die friedlichen Mittel ab. Im Gegenteil, es bringt sie ja jeden Tag zur Anwendung. Allein es wendet sich mit aller Kraft gegen jene Irreführung, die ihm einen Ausgleich von Vourgeois' Gnaden vorgautelt, der tatsächlich kein Ausgleich ist und keiner sein kann, weil er die Klassenunterschiede und die Klassenausbeutung bestehen läßt. Die nahezu 2000 Streiks, die allein das schweizerische Proletariat in 60 Jahren um Löhne und Arbeitszeit zu führen hatte, geben auch einen Vegriff vom Maß des

"freiwilligen Entgegenkommens" der besitzenden Rlasse.

Was aber dabei herauskommt, wenn der Rapitalist unter die Messiasse soeilslehren geht, und was eigentlich als Ergebnis des Eidgenössischen Wirtschaftsrates oder Wirtschaftsparlamentes gewissen Leuten vorschwebt, das ergibt sich aus einer Propagandaschrift des Ostschweiz. Volkswirtschaftsbundes. Die Organisation des Eidgenössischen Wirtschaftsrates ist so projektiert, daß dieser nichts anderes darstellen würde als die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Volkswirtschaftsbundes, dessen einzelne Organisationen, sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitzgeber, öffentlicherechtlichen Charakter erhalten und deren im Wirtschaftsrat gemeinsam gefaßten Veschlüsse Geseskraft besitzen sollen. Im Volkswirtschaftsbund bestünde aber ein Delesitzen sollen.

gationsrecht, wonach Arbeitnehmer und Arbeitgeber nach Maßgabe der in der betreffenden Branche beschäftigten Anzahl Menschen gleich stark vertreten wären. Die 120 Unternehmer irgendeiner Industrie, die beispielsweise 24,000 Arbeiter beschäftigt, würden im Wirtschaftsrat also eine gleichstarke Vertretung haben wie die 24,000 Arbeiter. Das heißt man "Parität (Gleichheit) von Arbeit und Rapital"! Außerdem hat der Ostschweizerische Volkswirtschaftsbund den wohltätigen Grundsat aufgestellt, daß Veschlüsse nur als zustande gekommen gelten, wenn sie mit Einstimmigkeit gesaßt werden. Damit wird die Sarmonie und irdische Glückseligkeit unzweiselhaft gesichert! Aber man kann sich denken, was für Veschlüsse da noch möglich würden und was für ein Tempo der "soziale Ausgleich" unter solchen Umständen einschlagen müßte!

Die Aussöhnungstheoretiker messen aber dem Punkt einer grundsätlichen "Neuordnung der Willensbildung" in der Behandlung wirtschaftlicher Fragen eine große Bedeutung bei. Mit Bedauern stellen sie fest, daß in unserem rückständigen politischen Leben immer noch und ausschließlich "das Prinzip der Majorität aller stimmenden Bürger" gilt. Das ist natürlich ein Fehler, denn die Bürger lassen sich von politischen Führern, von Zeitungsschreibern und Versammlungsrednern verheßen und beschließen dann an der Abstimmungsurne Dinge, an denen die Herren vom Volkswirtschaftsbund keinen Gefallen haben können. Auch seien "politische Erwägungen oft die Ursache für wirtschaftliche Forderungen der Arbeitnehmer"! Das wird aufhören, wenn der Schweizerische Volkswirtschaftsbund und der Eidgenössische Wirtschaftsrat kommen mit dem "andern Prinzip" der Willens= bildung und Beschlußfassung, das nicht mehr auf "die Summe der Individualwillen der einzel= nen Bürger", das heißt auf Volksmehr= heiten abstellt, sondern von Volksmehrbeiten unabhängig wird! Der geneigte Leser beginnt etwas zu merken.

Der ganze Humbug der "Entpolitisierung der Wirtschaft" läuft also ziemlich geraden Wegs auf eine Entrechtung des Volkes in den Wirtschafts

Doch genug des grausamen Spiels. Das Schweizervolk wird seinen eidgenössischen Wirtschaftsrat erhalten, aber als oberste Zusammenfassung des wirtschaftlichen Kätespstems, der wirtschaftlichen

schaftlich=politischen Organisation einer künftigen wahren Demokratie und neuen Gesellschaft, die keinerlei Unterdrückung mehr kennen wird und in welcher weder rechnerische Rünsteleien noch Trug und Täuschung die Vildung des Menschheitswillens hemmen oder hindern werden. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund tat gut daran, den Veitritt zu dem in Vildung begriffenen Schweizerischen Volkswirtschaftsbund abzulehnen. Was seinen eifrigsten Reklamerednern als Ideal vorschwebt in der noch schwankenden Gestaltung des Eidgenössischen Wirtschaftsrates, ist eine reaktionäre Chimäre. Dem revolutionären Proletariat gingen Seher und Propheten voraus. Warum sollte nicht dem vor der Zeitenwende abwärtsschreitenden Vürgertum ein Greisentraum für einen Augenblick das Wonnebild neuer Jugend und Erfüllung aller Wünsche vorzaubern?

Dokumente des Sozialismus.

Das Spartakus-Programm.

In der Sochflut revolutionärer Literatur, die in den letzten drei Jahren über uns hinwegging und die, wie nicht anders möglich, auch sehr viel Minderwertiges mitsührte, ist ein sehr bedeutendes Dokument verschollen und verloren gegangen. Auch in keiner der zahllosen kommunistischen Publikationen wurde es der Vergessenheit entrissen, trotzem die Urheber dieses Dokumentes ganz und gar für die kommunistische Vewegung reklamiert werden und als Gestirne erster Größe an ihrem Simmel glänzen: Rosa Luxemburg und Leo Jogiches. Wenn das von diesen beiden ausgearbeitete Programm der Vergessenheit anheimsiel, so nur deshalb, weil darin allzuviel an tiesstem Erkennen geschichtlichen Geschehens enthalten ist, das mit der Eintagsweisheit demagogischer Parolen im schrossssten Widerspruch steht.

Das Spartakus-Programm, eine der letzten größeren Arbeiten Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches, die beide als Opfer der Revolution gefallen sind, wurde in den Januartagen des Jahres 1919 veröffentlicht unter dem Titel: "Was will der Spartakusbund?" Es war ein Rampfruf und als solcher ganz erfüllt vom großen Pathos der Revolution. Insofern er, zu einem Teil wenigstens, lediglich auf eine Augenblickssituation eingestellt war, ist er vergänglich und für uns heute nur noch von historischem Belang. Dauernden Wert aber beanspruchen die in dem Spartakus-Programm niedergelegten Auffassungen